Geschäftsbericht 2006

BHE AG

Inhalt

2 Bericht des Aufsichtsrats

4 Corporate Governance Bericht

6 Lagebericht der BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft

10 Jahresabschluss der BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft

12 Anhang

19 Bestätigungsvermerk

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Aufsichtrat hat im Geschäftsjahr 2006 anhand der ihm vom Vorstand regelmäßig mündlich und schriftlich über die Lage der Gesellschaft erstatteten Berichte sowie durch Besprechung wichtiger Geschäftsvorfälle Einblick in die Entwicklung der Gesellschaft genommen und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstands überzeugt.

Im Geschäftsjahr 2006 fanden vier Aufsichtsratssitzungen statt. Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr keine Ausschüsse gebildet. Alle Themen wurden im Plenum des Aufsichtsrats beraten und entschieden. Alle Mitglieder haben an allen Sitzung teilgenommen. In schriftlichen Quartalsberichten unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat über den Gang der Geschäfte, die Lage der Gesellschaft einschließlich der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagments. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Plänen und Zielen wurden durch den Vorstand erläutert.

Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Geprägt war die Arbeit des Aufsichtsrats durch die vorhandene Liegenschaftsverwaltung der Grundstücke und Gebäude. Im Rahmen der Februarsitzung befasste sich der Aufsichtsrat mit den Unternehmensplanungen bis 2008. Schwerpunkt der Sitzung im April 2006 war der Jahresabschluss 2005. Weiter wurde die Tagesordnung für die ordentliche Hauptversammlung im Mai 2006 beschlossen. Die Beratungen der Sitzung im Dezember waren durch die Insolvenz der Muttergesellschaft WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-Aktiengesellschaft und seine Auswirkungen bestimmt.

Corporate Governance Kodex und Entsprechenserklärung

In seiner Sitzung am 6. Dezember 2006 befasste sich der Aufsichtsrat ausführlich unter Berücksichtigung der Neufassung vom 12. Juni 2006 mit der Umsetzung des Deutschen Corporate Governance Kodex. Der Kodex dokumentiert wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften und enthält international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Die BHE folgt bis auf wenige Ausnahmen diesen Empfehlungen. Die Abweichungen wurden in der Entsprechenserklärung erläutert und sind in der jeweiligen gültigen Fassung auf der Webseite der BHE unter www.bhe-ag.de veröffentlicht. Die Entsprechenserklärung und der Corporate Governance Bericht sind im nachfolgenden Kapitel wiedergegeben. Die Entsprechenserklärung wird zusammen mit dem Jahresabschluss und Lagebericht sowie mit den übrigen offen zu legenden Unterlagen im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und beim Unternehmensregister hinterlegt.

Jahresabschlussprüfung

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 und der Lagebericht wurden unter Einbeziehung der Buchführung von der HANSA PARTNER GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft. Der Abschlussprüfer hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Jahresabschluss, Lagebericht des Vorstands und Prüfungsbericht des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2006 sind dem Aufsichtsrat gemäß § 170 AktG zur Prüfung vorgelegt worden. In der Aufsichtsratssitzung vom 19. April 2007 hat das Gremium zusammen mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer diese Unterlagen beraten. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Er hat den Jahresabschluss 2006 gebilligt, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn von 62.259 € auf neue Rechnung vorzutragen, der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns an.

Zum Risikofrüherkennungssystem erklärt der Abschlussprüfer, dass der Vorstand die nach § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen, insbesondere zur Errichtung eines Überwachungssystems, in geeigneter Weise getroffen hat und dass dieses geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG den Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und im Lagebericht die gesetzlich vorgeschriebene Schlusserklärung wiedergegeben. Der Abschlussprüfer, die HANSA PARTNER GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Bericht geprüft und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistungen der Gesellschaft nicht unangemessen hoch waren,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen."

Der Aufsichtsrat erklärt, dass nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind.

Veränderungen im Vorstand

Herr Karsten Griese hat sein Amt als Vorstand der Gesellschaft zum 30. Juni 2006 niedergelegt.

Die Amtszeit des alleinigen Vorstands Thomas Hopf wurde durch den Aufsichtsrat in seiner Sitzung im Februar 2007 bis Mai 2009 verlängert.

Frankfurt am Main, im April 2007

Der Aufsichtsrat

Roland Flach
Vorsitzender

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Im Jahre 2001 hat die Deutsche Bundesregierung eine Regierungskommission mit der Entwicklung eines Deutschen Corporate Governance Kodex beauftragt. Dieser Kodex wurde Anfang 2002 fertig gestellt. Die BHE AG bezieht sich in ihren aktuellen Erklärungen auf die Kodex-Fassung vom 12. Juni 2006.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex enthält drei Arten von Standards:

- Vorschriften, die geltende deutsche Gesetzesnormen beschreiben
- Empfehlungen und
- Anregungen.

Allein die Vorschriften sind von den deutschen Unternehmen zwingend anzuwenden. Hinsichtlich der Empfehlungen sieht das deutsche Aktiengesetz nach § 161 AktG lediglich vor, dass börsennotierte Unternehmen jährlich eine Erklärung zur Beachtung veröffentlichen müssen. Ausnahmen von den Empfehlungen sollen in der Erklärung einzeln aufgeführt werden. Von Anregungen können die Unternehmen ohne Erklärungspflicht abweichen.

Die BHE AG befolgt die Grundsätze des Deutschen Corporate Governance Kodex von Anfang an weitestgehend. Sowohl der Vorstand als auch der Aufsichtsrat der BHE AG sind dem Deutschen Corporate Governance Kodex verpflichtet und geben jährlich eine Entsprechenserklärung ab. Weder dem Vorstand noch dem Aufsichtsrat sind Fälle bekannt, in denen gegen die Grundsätze in ihrer jeweiligen Fassung verstoßen wurde.

Die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat wird im Anhang dieses Geschäftsberichts individualisiert ausgewiesen. Der Besitz von Aktien der BHE AG von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern liegt unter 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Entsprechenserklärung nach § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat haben im Dezember 2006 eine aktualisierte Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben. Die sich aufgrund der Statuten ergebenden Abweichungen von den Empfehlungen des Kodex sind nachfolgend aufgeführt:

Die BHE AG hat den Empfehlungen des Kodex mit den veröffentlichten Ausnahmen in der

- Entsprechenserklärung 2002 (Kodex-Fassung vom 7. November 2002),
- Entsprechenserklärung 2003 und 2004 (Kodex-Fassung vom 21. Mai 2003) und
- Entsprechenserklärung 2005 (Kodex-Fassung vom 2. Juni 2005)

entsprochen. Die Entsprechenserklärungen wurden im Bundesanzeiger veröffentlicht und können auch weiterhin auf der Internetseite der Gesellschaft eingesehen werden.

„Die BHE AG entspricht den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 12. Juni 2006 künftig mit folgenden Ausnahmen:

3.8 (2) Schließt die Gesellschaft für Vorstand und Aufsichtsrat eine D&O-Versicherung ab, so soll ein angemessener Selbstbehalt vereinbart werden.

4.2.1 Der Vorstand soll aus mehreren Personen bestehen und einen Vorsitzenden oder Sprecher haben. Eine Geschäftsordnung soll die Geschäftsverteilung und die Zusammenarbeit im Vorstand regeln.

4.2.2 (1) Das Aufsichtsratsplenum soll auf Vorschlag des Gremiums, das die Vorstandsverträge behandelt, über die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand beraten und soll sie regelmäßig überprüfen.

4.2.3 (2) Die monetären Vergütungsteile sollen fixe und variable Bestandteile umfassen. (...)

(3) (...) Aktienoptionen und vergleichbare Gestaltungen sollen auf anspruchsvolle, relevante Vergleichsparameter bezogen sein. Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder der Vergleichsparameter soll ausgeschlossen sein. Für außerordentliche, nicht vorhergesehene Entwicklungen soll der Aufsichtrat eine Begrenzungsmöglichkeit (Cap) vereinbaren.

5.3.2 Der Aufsichtsrat soll einen Prüfungsausschuss (Audit Committee) einrichten, der sich insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung befasst. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses soll über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügen. (...)

5.4.7 (1) Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird durch Beschluss der Hauptversammlung oder in der Satzung festgelegt. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des Unternehmens Rechnung. Dabei sollen der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat sowie der Vorsitz und die Mitgliedschaft in den Ausschüssen berücksichtigt werden.

(2) Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen neben einer festen eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten. (...)

7.1.1 Anteilseigner und Dritte werden vor allem durch den Konzernabschluss informiert. (..) Der Konzernabschluss und die Zwischenberichte sollen unter Beachtung international anerkannter Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt werden. (...)

7.1.2 (...) Der Konzernabschluss soll binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende, die Zwischenberichte sollen binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums, öffentlich zugänglich sein.

7.1.3 Der Corporate Governance Bericht soll konkrete Angaben über Aktienoptionsprogramme und ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme der Gesellschaft enthalten.

Frankfurt am Main, im Dezember 2006

Der Aufsichtsrat Der Vorstand“

LAGEBERICHT

Geschäftsentwicklung und Geschäftsergebnis

Die Aktivitäten der Gesellschaft bestehen aus der Liegenschaftsverwaltung von Grundstücken und Gebäuden mit einer Gesamtfläche von rund 30.000 m².

Nach der erfolgreichen Umwidmung der Grundstücke der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2003 wurden in den Folgejahren die Verkaufsverhandlungen mit potentiellen Käufern für einzelne Liegenschaften fortgesetzt. So konnten im Geschäftsjahr 2006 das Bahnhofsgebäude in Stuhr sowie unbebaute Grundstücke im Umfang von 6.450 m² in Südweyhe verkauft werden. Der Verkaufserlös belief sich insgesamt auf 86 T€.

Neben den Einnahmen aus Grundstücksverkäufen erwirtschaftete die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 Erlöse aus Pachteinnahmen der Liegenschaften und aus Zinseinnahmen der angelegten, nicht benötigten liquiden Mittel.

Aufgrund der Insolvenz der WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-AG (WCM AG)musste die ihr gegenüber bestehende Finanzforderung von 523,6 T€ vollständig wertberichtigt werden. Durch die Auflösung der im Vorjahr gebildeten § 6b-Rücklage von 438,0 T€ konnte der Einfluss auf das Geschäftsergebnis abgemildert werden.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt minus 96,8 T€.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 40,1 T€ gegenüber 52,1 T€ im Vorjahr und setzen sich im Wesentlichen aus Mieterlösen sowie Betriebskostenumlagen zusammen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 543,9 T€ nach 480,3 T€ im Vorjahr. Der Anstieg resultiert aus den Verkäufen der Grundstücke und Immobilien in Höhe von 84,1 T€ und der Auflösung der im Vorjahr gebildeten § 6b-Rücklage in Höhe von 438,0 T€.

Darüber hinaus verfügt die Gesellschaft über Einnahmen von 30,8 T€ aus sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen.

Der Materialaufwand konnte gegenüber dem Vorjahr erheblich gesenkt werden und beläuft sich auf 13,8 T€ (Vorjahr: 52,3 T€). Die Aufwendungen betreffen vor allem Betriebskosten für die bewirtschafteten Grundstücke.

Aufgrund der Insolvenz der WCM AG wurden die bestehenden Forderungen von 523,6 T€ vollständig wertberichtigt.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (0,2 T€) resultieren aus Gewerbesteuern. Im Vorjahr war ein Ertrag in Höhe von 11,1 T€ aufgrund eines steuerlichen Verlustrücktrags der laufenden Periode in das Vorjahr entstanden.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich von minus 140,0 T€ in 2005 auf minus 96,8 T€ für das Geschäftsjahr 2006. Darin enthalten sind die Auflösung einer § 6b-Rücklage in Höhe von 438,0 T€, der Gewinn aus dem Verkauf der Grundstücke in Höhe von 84,1 T€ sowie die Einzelwertberichtigung der Forderung gegenüber der WCM AG i. Ins. in Höhe von 523,6 T€. Der Jahresfehlbetrag beträgt 97,5 T€.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen beträgt zum 31. Dezember 2006 insgesamt 7,9 T€ gegenüber 9,9 T€ am Vorjahresstichtag.

Das Umlaufvermögen in Höhe von 674,9 T€ besteht im Wesentlichen aus den Guthaben bei Kreditinstituten. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich das Umlaufvermögen um 529,4 T€. Die maßgebliche Ursache hierfür liegt in einer Wertberichtigung der Forderungen gegenüber der insolventen Muttergesellschaft WCM AG (523,6 T€).

Auf der Passivseite stellt das Eigenkapital in Höhe von 623,4 T€ (Vorjahr: 720,8 T€) die stärkste Position dar. Die Steuerrückstellungen wurden um 10,0 T€ gesenkt.

Die Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2006 betragen insgesamt 38,4 T€ (Vorjahr: 24,4 T€). Die Veränderung zum Vorjahr ergibt sich vor allem aus einem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2006 stets ausreichend. Die nicht benötigten liquiden Mittel der Gesellschaft wurden bei der Hausbank angelegt. Darüber hinaus wurden der WCM AG im Rahmen eines Cash-Managementvertrages liquide Mittel zu einem Konzernverrechnungszinssatz von 4,5 % zur Verfügung gestellt. Die Insolvenz und die damit verbundene Wertberichtigung der Finanzforderung gegenüber der WCM AG hat keine Auswirkung auf die Finanzlage der Gesellschaft, da diese über eine für ihre Geschäftstätigkeit ausreichende Liquidität verfügt.

Unternehmensorganisation

Nachdem der Bahnbetrieb 1999 eingestellt und Ende 2001 die letzte Buslizenz abgegeben wurde, beschäftigt die BHE keine Mitarbeiter mehr. Die kaufmännische Verwaltung der BHE wird von Mitarbeitern der Klöckner-Werke AG und die Liegenschaftsverwaltung seit Januar 2002 von der ALLBODEN AG durchgeführt. Beide Unternehmen sind weitere Tochtergesellschaften des Mutterkonzerns WCM.

Risikobericht

Im Rahmen der Vermietung und Verpachtung der Liegenschaften ist die Gesellschaft grundsätzlich dem Risiko ausgesetzt, dass Mieter ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Bei Mieterwechseln besteht ein Vermietungsrisiko.

Bei den Bemühungen um Veräußerung ihrer Liegenschaften ist die Gesellschaft den bei Grundstücksverkäufen üblichen Vermarktungsrisiken ausgesetzt.

Die Anlage der frei verfügbaren Liquidität erfolgt im Rahmen von Festgeldanlagen. Bei der Wiederanlage frei werdender Festgelder unterliegt die Gesellschaft einem Zinsänderungsrisiko.

Da die Gesellschaft kein eigenes Personal besitzt, hat sie mit verschiedenen verbundenen Unternehmen Dienstleistungsverträge abgeschlossen. Aufgrund der anstehenden Umstrukturierungen des WCM-Konzerns in Folge der Insolvenz der Muttergesellschaft besteht das Risiko, dass die Dienstleistungsverträge durch die verbundenen Unternehmen gekündigt werden könnten.

Allerdings hat das Risikoüberwachungs- und Risikomanagementsystem keine nennenswerten, insbesondere keine bestandsgefährdenden Risiken, die direkt aus dem Unternehmen selbst resultieren könnten, zu erkennen gegeben.

Ausblick

Die Gesellschaft wird auch im Geschäftsjahr 2007 die Verwaltung der Liegenschaften betreiben und versuchen, Grundstücksverkäufe zu realisieren. Eine weitere Geschäftstätigkeit außerhalb der Verwaltung und dem Verkauf der Liegenschaften sowie der Anlage der frei verfügbaren liquiden Mittel ist nicht vorgesehen. Aus heutiger Sicht geht der Vorstand davon aus, dass die Gesellschaft die Geschäftsjahre 2007 und 2008 jeweils mit einem ausgeglichenen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit abschließen wird.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2006 sind keine wesentlichen Veränderungen im Geschäftsverlauf der Gesellschaft eingetreten.

Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB

Das Grundkapital der BHE in Höhe von 528.750 € ist in 528.750 nennbetragslose Stückaktien eingeteilt. Es ist voll eingezahlt.

Die WCM AG i. Ins., Frankfurt am Main, hält 81,9858 % des gezeichneten Kapitals.

Hinsichtlich der Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern wird auf die gesetzlichen Vorschriften der §§ 84 und 85 AktG verwiesen. Darüber hinaus bestimmt Abschnitt III. Vorstand, § 5 der Satzung der BHE, dass der Vorstand aus einem oder mehreren Mitgliedern besteht und im Übrigen der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands bestimmt. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden des Vorstands ernennen, wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht. Der Aufsichtsrat kann auch stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Die Bestimmungen über die Änderung der Satzung ergeben sich aus den §§ 133 und 179 AktG.

Im Übrigen verweisen wir auch auf die entsprechenden Angaben im Anhang.

Vergütungsbericht Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vorstand erhält von der Gesellschaft für seine Tätigkeit keine Vergütung.

Jedes Aufsichtsratsmitglied erhält neben dem Ersatz seiner Auslagen eine feste Vergütung, die 2.000 € für jedes Mitglied, für den stellvertretenden Vorsitzenden das Eineinhalbfache und für den Vorsitzenden das Doppelte des genannten Betrages ausmacht.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-AG, Frankfurt am Main, hat der Gesellschaft am 2. April 2002 gemäß § 41 i. V. m. § 25 WpHG mitgeteilt, dass ihr 81,9858 % der Stimmrechte zustehen.

Da die Gesellschaft keinem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag unterworfen ist, hat sie gemäß § 312 AktG einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt.

Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung:

„Ich erkläre, dass die Gesellschaft nach den Umständen, die mir im Zeitpunkt des Rechtsgeschäfts oder der Maßnahme bekannt waren, bei jedem der im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäfte eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und durch die in dem Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen angegebenen getroffenen oder unterlassenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurde."

Frankfurt am Main, 12. März 2007

Der Vorstand

Thomas Hopf

Jahresabschluss

Bilanz

Aktiva	Anhang	31.12.2006 €	31.12.2005 €
Anlagevermögen			
Sachanlagen	(1)	7.927	9.936
		7.927	**9.936**
Umlaufvermögen	(2)		
Vorräte		7.000	4.000
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		12.452	581.933
Guthaben bei Kreditinstituten		655.398	618.378
		674.850	**1.204.311**
Bilanzsumme		**682.777**	**1.214.247**

Passiva	Anhang	31.12.2006 €	31.12.2005 €
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	(3)	528.750	528.750
Kapitalrücklage		32.363	32.363
Bilanzgewinn	(4)	62.259	159.713
		623.372	**720.826**
Sonderposten mit Rücklageanteil	(5)	**0**	**438.046**
Rückstellungen			
Steuerrückstellungen		0	10.000
Sonstige Rückstellungen	(6)	21.000	21.000
		21.000	**31.000**
Verbindlichkeiten	(7)	**38.405**	**24.375**
Bilanzsumme		**682.777**	**1.214.247**

Gewinn- und Verlustrechnung

	Anhang	2006 €	2005 €
Umsatzerlöse	(8)	40.126	52.144
Erhöhung / Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		3.000	0
Sonstige betriebliche Erträge	(9)	543.854	480.333
Materialaufwand	(10)	-13.837	-52.287
Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	(11)	-523.555	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(12)	-176.928	-654.386
Erträge aus Beteiligungen		0	232
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(13)	30.765	34.103
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0	-2
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(14)	-233	-152
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		**-96.808**	**-140.015**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-168	11.096
Sonstige Steuern		-478	-1.457
Jahresfehlbetrag	(15)	**-97.454**	**-130.376**
Gewinnvortrag		159.713	290.089
Bilanzgewinn		**62.259**	**159.713**

Anhang

ALLGEMEINE ANGABEN

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 der BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes erstellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Die Gesellschaft ist nach § 267 Abs. 3 HGB eine große Kapitalgesellschaft, da sie an einem organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 5 Wertpapierhandelsgesetz mit von ihr ausgegebenen Wertpapieren teilnimmt.

Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Einrichtung und der Betrieb von Kraftverkehrslinien im Verkehrsgebiet der früheren Kleinbahn Bremen-Tarmstedt, der Erwerb und die Verwaltung von in- und ausländischen Beteiligungen und Finanzanlagen im eigenen Namen und für eigene Rechnung sowie die Verwaltung des eigenen Grundbesitzes.

Alle notwendigen Angaben, die laut Gesetz wahlweise in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang erfolgen können, werden im Anhang ausgewiesen.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die abnutzbaren Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens sind vollständig abgeschrieben.

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten oder zu niedrigeren Tageswerten angesetzt. Forderungen werden zum Nennwert, gegebenenfalls gekürzt um erforderliche Wertberichtigungen, angesetzt.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

1 Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel dargestellt.

	Anschaffungs-/Herstellungskosten €	Abgänge €	Abschreibungen (kumuliert) €	Buchwerte 31.12.06 €	Buchwerte 31.12.05 €	Abschreibungen des Geschäftsjahres €
Sachanlagen						
Grundstücke mit Wohnbauten	51.314	-4.955	-38.432	7.927	9.936	0
Anlagevermögen gesamt	**51.314**	**-4.955**	**-38.432**	**7.927**	**9.936**	**0**

Die Abgänge betreffen den Bahnhof in Stuhr sowie unbebaute Grundstücke in Südweyhe mit ca. 6.450 m².

2 Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen verringerte sich, bedingt um die Wertberichtigung der Forderungen gegenüber der in Insolvenz befindlichen WCM AG, von 1.204 T€ auf 675 T€. Die Vorräte umfassen unfertige Leistungen und resultieren aus noch nicht abgerechneten Betriebskosten. Sämtliche Forderungen zum 31. Dezember 2006 haben Restlaufzeiten bis zu einem Jahr. Durch Verkäufe haben sich die flüssigen Mittel unwesentlich erhöht.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2006	31.12.2005
	€	€
Forderungen aus Vermietung	7.880	6.451
Forderungen gegen verbunde Unternehmen	0	562.605
Sonstige Vermögensgegenstände	4.572	12.877
Summe	**12.452**	**581.933**

3 Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von 528.750 € ist in 528.750 nennbetragslose Stückaktien eingeteilt. Es ist voll eingezahlt.

4 Bilanzgewinn

Die Hauptversammlung hat am 31. Mai 2006 beschlossen, den Bilanzgewinn 2005 in Höhe von 159.713 € auf neue Rechnung vorzutragen.

5 Sonderposten mit Rücklageanteil

Die im Jahr 2005 gebildete § 6b EStG-Rücklage in Höhe von 438.046 € wurde im Geschäftsjahr 2006 wieder aufgelöst.

6 Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen Prüfungskosten (12 T€), Hauptversammlungskosten (2 T€), Veröffentlichungskosten (4 T€) und Kosten für noch ausstehende Rechnungen (3 T€).

7 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind nicht besichert und stellen sich wie folgt dar:

			Restlaufzeiten	
	Gesamt	unter 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
	€	€	€	€
Erhaltene Anzahlungen	1.499	1.499	0	0
Vorjahr	2.209	2.209	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16.490	16.490	0	0
Vorjahr	7.220	7.220	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	20.160	20.160	0	0
Vorjahr	4.225	4.225	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	256	256	0	0
Vorjahr	10.721	10.721	0	0
Summe	**38.405**	**38.405**	**0**	**0**
Vorjahr	24.375	24.375	0	0

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 256 € (Vorjahr 11 T€).

8 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2006 enthalten Mieterlöse und Betriebskostenumlagen.

9 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren hauptsächlich aus dem Gewinn aus dem Verkauf der be- und unbebauten Grundstücke in Höhe von 84 T€ sowie der Auflösung der § 6b-Rücklage in Höhe von 438 T€.

10 Materialaufwand

Ausgewiesen werden Aufwendungen aus der Immobilienbewirtschaftung.

11 Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten

Die Abschreibung betrifft die aufgelaufenen Forderungen zum 21. November 2006 gegenüber der insolventen WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-AG in Höhe von 523.555 €.

12 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten hauptsächlich Verwaltungskosten (98 T€), Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten (21 T€), Aufsichtsratsvergütungen (netto 9 T€) sowie Einzelwertberichtigungen auf Mietforderungen (9 T€).

13 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Von den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen entfallen auf verbundene Unternehmen 21.302 € (Vorjahr: 34 T€).

14 Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen
In dieser Position sind Zinsen und ähnliche Aufwendungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 206 € (Vorjahr: 0 T€) enthalten.

15 Jahresfehlbetrag
Durch die im Geschäftsjahr erfolgte Auflösung der im Vorjahr gebildeten Rücklage nach § 6b EStG ist das Jahresergebnis erheblich besser ausgefallen als ohne Inanspruchnahme der steuerrechtlichen Maßnahme. Aufgrund der hierdurch erfolgten Verminderung des steuerlichen Verlustvortrages ist in den nächsten Geschäftsjahren bei positiven Jahresergebnissen mit einer höheren Belastung durch Ertragssteuern zu rechnen.

Sonstige angaben

Mitglieder des Aufsichtsrats und Ihre Mandate

Roland Flach, Kronberg im Taunus, Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstands der Klöckner-Werke AG

Gesetzliche Aufsichtsratsmandate

- ALLBODEN Allgemeine Grundstücks-AG*
- BHE Beteiligungs-AG, Vorsitzender*
- KHS AG, Vorsitzender*
- MATERNUS-Kliniken AG*
- RSE Grundbesitz und Beteiligungs-AG, Vorsitzender*
- RSE Projektmanagement AG, Vorsitzender*
- YMOS AG, Vorsitzender*

Vergleichbare Mandate

- KHS USA Inc. (USA), Vorsitzender*

Valentin Reisgen, Neuss, stellvertretender Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Klöckner-Werke AG und Vorsitzender des Vorstands der KHS AG

Gesetzliche Aufsichtsratsmandate

- ALLBODEN Allgemeine Grundstücks-AG, Vorsitzender*
- BHE Beteiligungs-AG, stellvertretender Vorsitzender*
- MATERNUS-Kliniken AG*
- RSE Grundbesitz und Beteiligungs-AG, stellvertretender Vorsitzender*
- YMOS AG, stellvertretender Vorsitzender*

Vergleichbare Mandate

- Impuls AG (Bulgarien)*
- KHS Asia Pte. Ltd. (Singapur)*
- KHS China GLM2 Co. Ltd. (China), Vorsitzender*
- KHS Industria de Màquinas Ltda. (Brasilien)*
- KHS Machinery Pvt. Ltd. (Indien)*
- KHS Manufacturing (S.A.) (Pty.) Ltd. (Südafrika)*
- KHS Mèxico S.A. de C.V. (Mexico)*
- KHS Pacific Pty. Ltd. (Australien)*
- KHS USA, Inc. (USA)*

Michael Dieckell, Bremerhaven

Geschäftsführer der Dieckell Vermögensverwaltungs- und Beratungsgesellschaft mbH

Gesetzliche Aufsichtsratsmandate

- BHE Beteiligungs-AG

Vergleichbare Mandate

- ACR Verwaltungs GmbH, Mitglied des Beirats
- Fortune Management Inc. (USA)

*Konzern-Mandate

Mitglieder des Vorstands und Ihre Mandate

Thomas Hopf, Frankfurt am Main

Gesetzliche Aufsichtsratsmandate

- ALLBODEN Allgemeine Grundstücks-AG, stellvertretender Vorsitzender*
- RSE Projektmanagement AG, stellvertretender Vorsitzender*

Karsten Griese, Bremen, bis 30. Juni 2006

ORGANBEZÜGE

Der Vorstand erhielt im Berichtsjahr von der Gesellschaft keine Bezüge.

Der Aufsichtsrat erhielt im Geschäftsjahr für die Wahrnehmung seiner Aufgaben folgende Vergütungen:

	Fixum €
Roland Flach, Vorsitzender	4.640
Valentin Reisgen, stellvertretender Vorsitzender	3.480
Michael Dieckell	2.000
Summe	**10.120**

*Die angegebenen Bezüge enthalten teilweise Umsatzsteuer.

Im Geschäftsjahr wurden keine Vorschüsse, Kredite, Bürgschaften oder Gewährleistungen an Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats gewährt.

Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt.

Mitgeteilte Beteiligungen nach WPHG

Die WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-Aktiengesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main hat der Gesellschaft am 2. April 2002 gemäß § 41 i. V. m. § 25 WpHG mitgeteilt, dass ihr 81,9858 % der Stimmrechte an der Gesellschaft zustehen.

Konzernabschluss

Die Gesellschaft gehört zum Konzern der WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-Aktiengesellschaft i. Ins., Frankfurt am Main. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und im Unternehmensregister hinterlegt.

*Konzern-Mandate

Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat haben die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zum Corporate Governance Kodex abgegeben und den Aktionären unter www.bhe-ag.de dauerhaft zugänglich gemacht.

Honorare des abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr sind als Aufwand für die Prüfungsleistungen des Abschlussprüfers 12 T€ angefallen.

Frankfurt am Main, 12. März 2007

Der Vorstand

Thomas Hopf

BESTÄTIGUNGSVERMERK

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 11. April 2007

HANSA PARTNER GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Drüen	ppa. Schmidt-Gottschalk
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

BHE Beteiligungs-Aktiengesellschaft
Opernplatz 2
60313 Frankfurt am Main
Telefon: 069 900 26-0
Fax: 069 900 26-110

www.bhe-ag.de
info@bhe-ag.de

WKN 822 250
ISIN DE 000 822 25 06